



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

II-460 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

Zl. 353.260/17-III/4/87

An den
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Leopold GRATZ

Parlament
1017 W i e n

96 IAB

1987 -04- 22

zu 61 J

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

21. April 1987

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Gugerbauer, Praxmarer und Kollegen haben am 24. Feber 1987 unter der Nr. 61/J an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz eine schriftliche Anfrage betreffend Fluorschädigungen durch die Aluminiumproduktion der AMAG in Ranshofen gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

- "1. Sind Ihrem Ressort Fälle von vorübergehenden oder dauernden Gesundheitsbeeinträchtigungen und Gesundheitsschäden bekannt, die auf Fluoremissionen zurückzuführen sind?
2. Welche gesundheitspolitischen Maßnahmen hat Ihr Ressort bisher ergriffen, um die Bevölkerung von Ranshofen/Umgebung vor den erhöhten Fluoremissionen der AMAG bestmöglich zu schützen?
3. Welche Schutzmaßnahmen sind für die Arbeitnehmer dieses Betriebes vorgesehen?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

Der Schutz der Gesundheit der Bevölkerung im Zusammenhang mit der AMAG in Ranshofen ist aufgrund der betriebsanlagerechtlichen Vorschriften der Gewerbe-

- 2 -

ordnung zu gewährleisten. Ich darf Sie daher diesbezüglich an den für das Betriebsanlagerecht zuständigen Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten verweisen.

Zu Frage 3:

Hinsichtlich der Frage des Arbeitnehmerschutzes darf ich Sie an den hierfür zuständigen Bundesminister für Arbeit und Soziales verweisen.

Franz 